

Rainer Balloff, Nikola A. Koritz

Praxishandbuch für Verfahrensbeistände

Rechtliche und psychologische Schwerpunkte
für den Anwalt des Kindes

2., vollständig überarbeitete
und erweiterte Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Rainer Balloff
Nikola A. Koritz

Praxishandbuch für Verfahrensbeistände

Rechtliche und psychologische Schwerpunkte
für den Anwalt des Kindes

2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen und sonstigen Kennzeichen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche gekennzeichnet sind.

2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2016

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-026923-1

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-026924-8

epub: ISBN 978-3-17-026925-5

mobi: ISBN 978-3-17-026926-2

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Inhalt

Einleitung	13
A Rechtliche Rahmenbedingungen	15
I Formelle Voraussetzungen	17
1 Einführung in das Recht der Verfahrensbeistandschaft	17
2 Voraussetzungen für die Bestellung	19
2.1 Kindschaftssachen	19
2.2 Erforderliche Interessenwahrnehmung	20
2.3 Prüfung der Erforderlichkeit von Amts wegen	20
3 Generalklausel des § 158 Abs. 1 FamFG	21
4 Regelbeispiele des § 158 Abs. 2 FamFG	21
4.1 § 158 Abs. 2 Nr. 1 FamFG (Erheblicher Interessengegensatz) ...	22
4.2 § 158 Abs. 2 Nr. 2 FamFG (Entziehung der Personensorge)	22
4.3 § 158 Abs. 2 Nr. 3 (Trennung des Kindes von der Obhutsperson)	23
4.4 § 158 Abs. 2 Nr. 4 (Herausgabe oder Verbleibensanordnung) ..	23
4.5 § 158 Abs. 2 Nr. 5 (Ausschluss oder wesentliche Beschränkung des Umgangsrechts)	24
5 Absehen von der Bestellung eines Verfahrensbeistands trotz Vorliegens eines Regelbeispiels	24
5.1 Entbehrlichkeit des Verfahrensbeistands bei angemessener Vertretung des Kindes (§ 158 Abs. 5) durch einen Rechtsanwalt oder einen anderen geeigneten Verfahrensbevollmächtigten	25
6 Bestellung des Verfahrensbeistands	26
6.1 Zeitpunkt der Bestellung	26
6.2 Auswahl des geeigneten Verfahrensbeistands	27
6.3 Feststellung der berufsmäßigen Führung der Verfahrens- beistandschaft	27
6.4 Wirkung und Reichweite der Bestellung	28

6.4.1	Rechte und Pflichten als Verfahrensbeteiligter	28
6.4.2	Keine Bindung an Weisungen.....	28
6.4.3	Dauer der Bestellung zum Verfahrensbeistand.....	29
6.4.4	Keine isolierte Anfechtung des Bestellungsbeschlusses.....	29
6.5	Beendigung oder Aufhebung der Bestellung zum Verfahrensbeistand.....	29
7	Aufgabenbereich des Verfahrensbeistands	30
7.1.	Originärer Aufgabenbereich	30
7.1.1	Feststellung und Geltendmachung der Kindesinteressen im Verfahren, § 158 Abs. 4 Satz 1 FamFG.....	31
7.1.2	Unterrichtung und Begleitung des Kindes, § 158 Abs. 4 Satz 2 FamFG.....	31
7.2	Erweiterter Aufgabenbereich.....	32
7.2.1	Gespräche mit den Eltern.....	32
7.2.2	Gespräche mit weiteren Bezugspersonen	32
7.2.3	Mitwirken an einer einverständlichen Regelung	33
8	Rechtsstellung des Verfahrensbeistands	33
8.1	Kein gesetzlicher Vertreter.....	33
8.2	Verfahrensbeteiligter	34
8.3	Beschwerdeberechtigung.....	34
8.4	Abgrenzung Verfahrensbeistand/Ergänzungspfleger.....	35
9	Stellung des Verfahrensbeistands gegenüber den anderen Verfahrensbeteiligten	35
9.1	Gegenüber dem Kind.....	35
9.2	Gegenüber den sorgeberechtigten Eltern (hilfsweise gegenüber dem Vormund oder dem Ergänzungspfleger)	36
9.3	Gegenüber den Rechtsanwältinnen und anderen Verfahrens- bevollmächtigten.....	36
9.4	Gegenüber dem Gericht	37
9.5	Gegenüber dem Jugendamt	38
9.6	Gegenüber dem Sachverständigen.....	38
10	Akteneinsichtsrecht des Verfahrensbeistands	39
10.1	Akteneinsicht im familiengerichtlichen Verfahren.....	39
10.2	Akteneinsicht in die Jugendamtsakte.....	40
11	Anforderungen an den Bericht des Verfahrensbeistands.....	40
11.1	Form und Inhalt von schriftlichen Berichten.....	40
11.2	Notwendigkeit einer schriftlichen Stellungnahme?	41
12	Schweigepflicht und Datenschutz	41
12.1	Datenschutz – was ist das?	41

12.2	Gesetzliche Grundlagen.....	41
12.2.1	Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	41
12.2.2	Bundes- und Landes-Datenschutzgesetze.....	42
12.2.3	EU-weite Regelung des Datenschutzes.....	42
12.3	Normadressat Verfahrensbeistand?.....	42
12.4	Recht/Pflicht zur Zeugnisverweigerung?.....	43
12.5	Verschwiegenheit nach dem Verpflichtungsgesetz.....	44
12.6	Muster: Schweigepflichtentbindungserklärung.....	45
13	Vergütung des Verfahrensbeistands (Abs. 7).....	45
13.1	Ausgangspunkt bei Inkrafttreten der Kindschaftsreform 1998 ...	45
13.2	Korrektur durch die Rechtsprechung.....	46
13.3	Umschwenken auf die Fallpauschale.....	47
13.4	Aktuelle Vergütungsregelung.....	47
13.5	Entstehen des Vergütungsanspruchs.....	48
13.6	Festsetzungsanspruch.....	48
13.7	Kritik an der aktuellen Vergütungsregelung.....	49
13.8	Entwicklung durch die Rechtsprechung.....	49
13.8.1	Pauschale bei mehreren vertretenen Kindern.....	49
13.8.2	Pauschale bei Parallelverfahren.....	50
13.8.3	Keine gesonderte Erstattung von Dolmetscherkosten.....	50
13.9	Muster: Vergütungsantrag.....	50
14	Haftungsfragen in der Verfahrensbeistandschaft.....	51
14.1	Haftungsvoraussetzungen für die anderen an einem kindschaftsrechtlichen Verfahren beteiligten Professionen.....	51
14.1.1	Amtspflichtverletzung durch einen Beamten.....	51
14.1.2	Amtspflichtverletzung durch einen Richter.....	52
14.1.3	Anwaltschaft.....	52
14.1.4	Amtspflichtverletzung durch das Jugendamt.....	52
14.2	Haftungsrelevantes Verhalten eines Sachverständigen.....	52
14.3	Pflichtverletzung durch Verfahrensbeistand.....	53
14.3.1	Haftungsrelevantes Verhalten.....	53
14.3.2	Kausalitätsfragen.....	53
14.3.3	Haftungsgrundlage.....	54
15	Grundsätzliches zum Verfahren vor dem Familiengericht.....	54
15.1	Sachliche und örtliche Zuständigkeit in Familiensachen.....	55
15.2	Amtsermittlungsprinzip.....	55
15.3	Vorranggebot und Beschleunigungsgebot des § 155 FamFG.....	57
15.4	Praktischer Umgang mit dem Beschleunigungsgebot.....	58
15.5	Weiterer Verfahrensablauf nach § 156 FamFG.....	58
15.6	Terminverlegung im beschleunigten Verfahren.....	59
15.7	Ausnahme vom Grundsatz der öffentlichen Verhandlung.....	59
15.8	Anwaltszwang.....	59

16	Anhörung des Kindes	59
16.1	Anwesenheit des Verfahrensbeistands im Rahmen der Anhörung	60
16.2	Zeitpunkt der Anhörung	61
16.3	Ort der Anhörung.....	61
16.4	Bekanntgabe des Ergebnisses der Anhörung.....	61
16.5	Probleme bei der Anhörung	62
17	Entscheidungen nach dem FamFG	62
17.1	Einheitliche Entscheidung in Beschlussform	62
17.2	Wirksamkeit und Bekanntgabe eines Beschlusses	63
17.3	Rechtsmittelbelehrung.....	63
17.4	Rechtskraft eines Beschlusses	64
18	Rechtsmittelverfahren	64
18.1	Beschwerde gegen erstinstanzliche Endentscheidungen in der Hauptsache	64
18.2	Muster: Beschwerde	65
18.3	Sofortige Beschwerde gegen (anfechtbare) einstweilige Anordnungen	65
18.4	Rechtsbeschwerde.....	66
19	Vollstreckung kindschaftsrechtlicher Entscheidungen	67
19.1	Inhalt der Neuregelung	68
19.2	Zuständigkeitsregelung	68
19.3	Anhörungspflicht	69
19.4	Hinweispflicht	69
19.5	Höhe von Ordnungsgeld und Ordnungshaft.....	69
19.6	Verschuldensfordernis	69
19.7	Anwendung unmittelbaren Zwangs	70
II	Materiell-rechtliche Regelungen	71
20	Verfassungsrechtliche Grundlage der Elterlichen Sorge	71
20.1	Elemente der elterlichen Sorge	72
20.2	Personensorge.....	72
20.2.1	Pflicht zum Einvernehmen.....	73
20.2.2	Gesetzliche Vertretung des Kindes	73
20.2.3	Übertragung von Sorgepflichten auf Dritte	74
20.2.4	Verbleibensanordnung bei Familienpflege nach § 1632 Abs. 4 BGB.....	74
20.2.5	Einwilligung in die Beschneidung des männlichen Kindes, § 1631d BGB	75
20.3	Vermögenssorge	77
20.4	Sorgerecht verheirateter Eltern.....	77
20.4.1	Während des Zusammenlebens	77
20.4.2	Während des Getrenntlebens	77

20.4.3	Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil.....	77
20.4.4	Beibehaltung der elterlichen Sorge nach Trennung	78
20.5	Sorgerecht nicht verheirateter Eltern	79
20.5.1	Mitübertragung der elterlichen Sorge auch gegen den Willen der Mutter des Kindes	79
20.5.2	Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	80
20.5.3	Rechtslage nach der Reform der elterlichen Sorge nicht verheirateter Eltern	81
20.5.4	Antrag nach der neuen Regelung.....	81
20.5.5	Verfahren nach § 155a FamFG	82
20.5.6	Kritik an der aktuellen Regelung	82
20.5.7	Möglicher Verstoß gegen die UN-Kinderrechte-Konvention	83
21	Umgangsrecht	84
21.1	Umgangsrecht der Eltern.....	84
21.2	Gerichtliche Regelung der Umgangskontakte	85
21.3	Umgangspflegschaft	87
21.4	Umgangsausschluss.....	87
21.5	Umgangsrecht der Großeltern und Geschwister	88
21.6.	Sonstige Bezugspersonen	88
21.7	Umgangsrecht des biologischen Vaters	89
21.8	Kritik an der Umgangsregelung	90
22	Kindeswohlgefährdung	90
22.1	Voraussetzungen nach § 1666 BGB	90
22.2	Maßnahmenkatalog zur Gefahrenabwehr	91
22.3	Elternrecht und Gefährdung des Kindes	91
22.4	Eignung der Trennung des Kindes von den Eltern zur Gefährdungs beseitigung	92
22.5	Ambulante Hilfen als mildestes Mittel.....	92
22.6	Abänderung sorgerechter Entscheidungen (§ 1696 BGB)	93
23	Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB und Dauerpflege nach SGB VIII	93
24	Unterbringungsverfahren Minderjähriger.....	94
24.1	Verweiskette nach § 167 FamFG	95
24.2	Begriff der Unterbringung.....	95
24.3	Begriff der Freiheitsentziehung	95
24.4	Entscheidungsmaßstab Kindeswohlgefährdung	96
24.5	Genehmigung bzw. Anordnung der Unterbringungsmaßnahme..	97
24.6	Der Verfahrensbestand im Unterbringungsverfahren	97
24.6.1	Erforderlichkeit der Interessenwahrnehmung	97
24.6.2	Zeitpunkt der Bestellung.....	98
24.7	Aufgabe des Verfahrensbestands im Unterbringungsverfahren ..	98

24.8	Wirksamkeit des Beschlusses	98
24.9	Rechtsmittel gegen den Unterbringungsbeschluss	99
25	Verfahren nach dem Haager Kindschaftsübereinkommen (HKÜ)	99
25.1	Verfahrensgrundlagen	99
25.2	Kindesentführung = Kindeswohlgefährdung	100
25.3	Ausschlussgründe für die Rückgabe des Kindes	101
25.3.1	Art. 12 Abs. 2 HKÜ	101
25.3.2	Art. 13 Satz 1b Alt. 1 HKÜ (ggf. modifiziert durch Art. 11 Brüssel IIA-VO) Die Rückgabe ist mit einer schwerwiegenden Gefahr eines körperlichen oder seelischen Schadens für das Kind verbunden.	101
25.3.3	Art. 13 Satz 1b Alt 2 HKÜ Die Rückgabe bringt das Kind auf andere Weise in eine unzumutbare Lage, ggf. Restriktion des Art. 11 Abs. 4 Brüssel IIA-VO	102
25.3.4	Art. 13 Satz 2 HKÜ Das Kind widersetzt sich der Rückgabe und hat Alter und Reife erreicht, angesichts dessen es angebracht scheint, seine Meinung zu berücksichtigen	102
25.4	Die Rechtsstellung der betroffenen Kinder	102
25.5	Der Verfahrensbestand im HKÜ-Verfahren	103
25.6	Gang des HKÜ-Verfahrens	103
25.7	Rechtsmittel im HKÜ-Verfahren	104
B	Psychologische Schwerpunkte	107
1	Verfahrensbeistandschaft für Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld von Kindeswille und Kindeswohl – Einleitung ...	109
1.1	Aufgaben des Verfahrensbeistands	110
1.2	Kindeswille und Kindeswohl	122
1.3	Wille des Kindes	126
1.4	Die Interessen des Kindes	134
2	Beziehungs- und Bindungstheorie	135
3	Das Parental Alienation Syndrome (PAS)	143
4	Wechselmodell	148
5	Regelung der elterlichen Sorge und des Umgangs bei Trennung oder Scheidung der Eltern	154
6	Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf das Kind	166
7	Kindeswohlgefährdung und Sorgerechtsentzug	173

8	Unterbringung und Fremdplatzierung des Kindes	186
9	Wegnahme des Kindes aus der Pflegefamilie	188
10	Freiheitsentziehende Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen	196
11	Die Erziehung des Kindes durch die Eltern	202
11.1	Seelische Erkrankungen der Eltern und Auswirkungen auf das Kind	203
11.2	Suchterkrankung der Eltern	205
11.3	Seelische und körperliche Misshandlung des Kindes, Vernachlässigung und Gewalt in der Familie	212
11.4	Sexueller Kindesmissbrauch	226
12	Annahme als Kind (Adoption)	240
13	Das delinquente Kind	242
	Kinderdelikte und kindliche Entwicklung	252
14	Das vermisste und entführte Kind (HKÜ)	257
15	Methodisches Vorgehen des Verfahrensbeistands – Analyse der Gerichtsakte, Arbeits- und Untersuchungsplan, Gespräch, Beobachtung	270
15.1	Das Gespräch mit dem Kind	274
15.2	Das Gespräch mit dem Kind in Fällen der Kindesmisshandlung und des sexuellen Missbrauchs	281
15.3	Interaktionsbeobachtung	284
16	Aufbau und Abfassen der Stellungnahme	287
16.1	Gliederung	288
16.2	Aufbau und Struktur einer Stellungnahme	288
16.3	Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht	292
17	Standards der Verfahrensbeistandschaft für Kinder und Jugendliche	293
	Literatur	301
	Stichwortverzeichnis	319

Einleitung

Neun Jahre sind seit der ersten Auflage dieses Buches vergangen. Aus dem Verfahrenspfleger gem. § 50 FGG ist der Verfahrensbeistand gem. § 158 FamFG geworden. Der Gesetzgeber hat in dieser Zeit viele Hinweise der Praxis in die Reform des Familienverfahrensgesetzes einfließen lassen. Etliche wissenschaftlich fundierte und ausführliche Kommentare, Hand- und Lehrbücher sind erschienen, die einen umfassenden Überblick über die Materie liefern.

Das Ziel des Praxishandbuchs für Verfahrensbeistände in einer zweiten gründlich überarbeiteten Fassung ist, wie der Titel jetzt lautet, nach wie vor ein in erster Linie praxisorientiertes Werk vorzulegen, in dem gebündelte Hinweise für den Berufsalltag des Verfahrensbeistands gegeben werden, ohne jedoch die juristischen und psychologischen theoretischen Grundlagen und Annahmen zu vernachlässigen.

Der Inhalt des Buches orientiert sich dabei an den häufig gestellten Fragen, wie z. B. welche Rechtsmittel das Kind nach Inkrafttreten des Familienverfahrensrechts (FamFG) hat, welche Fristen von Bedeutung sind, welche Bedeutung der Wille des Kindes und die Beziehungen sowie Bindungen des Kindes haben, worin der Unterschied zwischen einem Hauptsache- und einem einstweiligen Anordnungsverfahren besteht oder welchen Stellenwert die Beratung und Mediation im familiengerichtlichen Verfahren hat. Kann der Verfahrensbeistand Anträge stellen oder kann er nur Anregungen geben, worin besteht die Abgrenzung zum Ergänzungs- oder Umgangspfleger und wie wirkt sich die Pauschalierung des Honorars auf die praktische Tätigkeit des Verfahrensbeistands aus?

Fragen, die sich häufig erst während der praktischen Tätigkeit und eines laufenden Verfahrens ergeben, jedoch immer einer schnellen Klärung bedürfen. Hierzu ein theoriegeleitetes Praxishandbuch aus juristischer und psychologischer Sicht dem Verfahrensbeistand in die Hand zu geben, ist das Ziel dieses Buches.

Wir danken Frau Dipl.-Psychologin Lea Arnold für die tatkräftige und fachlich fundierte Unterstützung bei der endredaktionellen Arbeit.

*Dr. Nikola Koritz und Dr. Rainer Balloff
Washington D. C. und Berlin, im Herbst 2015*

